

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Peter, mit Deiner geharnischten Kritik am „Bayernkurier“ hast Du letzte Woche ganz schön Furore gemacht. Aber ich kann Dich trösten: Der galoppierende Bedeutungsverlust von Parteizeitungen ist leider ein überparteiliches Phänomen. Man kann es auch damit erklären, dass immer weniger Leser so stark weltanschaulich gebunden oder parteipolitisch orientiert sind, dass sie sich ihrer Partei auch noch bei der Zeitungslektüre ausliefern, gewissermaßen die Welt nur durch die Parteibrille betrachten wollen. Darunter hatten besonders die einstmaligen zahlreichen sozialdemokratischen Blätter zu leiden, denen schlichtweg die Leserschaft abhanden kam.

Aber wenigstens dort, wo es noch Parteiblätter gibt, wo sie noch finanziert, hergestellt und vertrieben werden, könnten sie doch eine Funktion haben, möchte man meinen. Ihre Chance wäre, der Mitgliedschaft ein Forum für gründlichere Debatten zu bieten, als es in einer Presse möglich ist, die sich für alle Themen und alle Richtungen öffnen muss. Mit anderen Worten: Parteizeitungen könnten spannend sein, wenn sie der

Austragungsort politischer Willensbildung wären. Doch stattdessen: Vorsitzende und Generalsekretäre weisen mit herrischer Geste den Weg wie einstmalig die unsäglichen Lenin-Statuen. Bezüglich aller kommenden Wahlen pläzt jedes Parteiblatt schier vor Siegesgewissheit, anschließend folgende Pleiten werden unter den Teppich gekehrt. Und die großen Streitfragen, die alle Mitglieder bewegen und manche Ortsvereine schon zerreißen, bleiben am besten unerwähnt.

Ich habe darüber einmal mit dem großen Bruno Kreisky diskutiert, den ich immer noch bewundere. Aber über die Rolle der Wiener Arbeiterzeitung hat er mir, nachdem ich ihm als junger Redakteur von der inneren Pressefreiheit vorgeschwärmt hatte, nur gesagt: „Kritik an unserer Regierung übt die bürgerliche Presse schon genug, da müssen unsere Zeitungen nicht auch noch mitmachen.“ Schon irgendwie verständlich. Aber journalistisch eilend langweilig!

Wenn der Bayernkurier nun Deine Verfassungsklage und überhaupt alle Kritik an Regierungsschirmen verschweigt, handelt er nach einer ähnlichen Doktrin – und unter-

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Finanzausgleich – alles nur Theaterdonner

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

schlägt dabei, dass knapp die Hälfte der eigenen Delegierten zu den Kritikern gehört, von der Mitgliedschaft und den Wählern gar nicht zu reden.

So glaubt die Parteipresse, der eigenen Regierung zu dienen. In Wahrheit sagt sie an dem Ast, auf dem sie sitzen möchte.

Recht „regierungsfromm“ zeigt Du Dich selber bei einem anderen Thema, dem Finanzausgleich. Da stärkst Du

der Regierung den Rücken, natürlich nicht der Bundesregierung, in der ihr ja auch vertreten seid, sondern der Bayerischen Staatsregierung. Da frage ich mich: Womit nur hat sie das verdient?

Du beklagst, dass der Finanzausgleich Bayern zu einem „Protektorat“ gemacht hat. Das ist ja noch schlimmer als der Vorwurf einer „verfassungswidrigen Benachteiligung“ des Freistaats Bayern.

Wer – so fragt man sich bestürzt – hat sich derartig an Bayern versündigt? Du kennst die Antwort: Es war die Bayerische Staatsregierung, die 2001 – nach einem Karlsruher Gerichtsurteil – die Federführung für die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs übertrug bekam und das Verhandlungsergebnis als „Sternstunde des Föderalismus“ gepriesen hat. Nun gut, damals wollte Edmund Stoiber deutscher Bundeskanzler werden und in Berlin bella figura machen – aber hat er dafür wirklich den Freistaat in ein „Protektorat“ verwandelt? Das ist schon starker Tobak! Zwischenzeitlich hat Horst Seehofer diese Ara als „Jungsteinzeit“ bezeichnet, auf dass sie im Dunkel der Vorgeschichte verschwinde. Aber kann man sich selber so einfach aus der Affäre ziehen, wenn man im Bundestag selber daran mitgewirkt hat, den von Stoiber ausgehandelten Finanzausgleich in Gesetzesform zu gießen?

Sei mir nicht böse, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass in den anderen 15 Bundesländern auch nur eine Landesregierung verwegen und dreist genug wäre, eigene Taten als Verhandlungsführer und Gesetzgeber als verfassungswid-

rige Benachteiligung des eigenen Landes anzuprangern, um den Eindruck zu erwecken, mit solcher Schande habe man aber schon überhaupt nichts zu tun.

Und warum wird die Klage erst Ende dieses Jahres eingereicht, also wenn man ganz sicher sein kann, dass kein Urteil mehr vor der Landtagswahl ergeht? Da muss die Angst ja grenzenlos sein. Gäbe es nur einen winzigen Rest Optimismus, dann hätte man doch den Weg nach Karlsruhe so frühzeitig angetreten, dass man dem dankbaren Volk und einer verdatterten Opposition den gerichtlichen Triumph noch vor der Wahl vorzeigen kann.

In Wahrheit geht es hier wohl mehr um ein Rollenspiel: Die Väter des Finanzausgleichs wollen sich als Opfer und als Rächer der Enterbten präsentieren. Die 12 Jahre klagelosen Zahlensollen durch imposanten Theaterdonner im Finale verdrängt werden.

Was wetten wir, dass in Karlsruhe bestenfalls herauskommt, die Bundesländer möchten doch bitte Verhandlungen aufnehmen? Warum also nicht gleich?

Fragt Dich
Dein Christian